

Schlusswort Nina Picasso Dachbesetzung Südflügel

Ich habe an der spektakulären Aktion der Dachbesetzung des Südflügels teilgenommen. Die Aktion fand im Rahmen des Aktionskonsens statt, friedlich, in der Wahl des Mittels verhältnismäßig und mit der entsprechenden Botschaft an die Politik versehen.

Diese Aktion machte zugleich auf die parallel stattfindende Presseaktion von Wikireal zum sogenannten Stresstest aufmerksam.

Bahn-intern waren die Mehrkosten längst bekannt, den Projektpartnern Stadt und Land wurde weiterhin die Einhaltung des Kostendeckels vorgegaukelt.

Mit dieser Aktion wollte ich mit den anderen zusammen ein starkes symbolisches und öffentliches Zeichen setzen.

Unser Herz und unser Wissen um die unwiederbringliche Zerstörung öffentlichen Guts ohne Gegenwert durch die DB AG unter den Augen der Politik ließ mich auch hier körperlich an die Grenze gehen, um auf dieses Unrecht Aufmerksam zu machen.

Menschen sollten über unsere Bilder und Botschaft nachdenken. Die verantwortlichen Politiker sollten sehen, dass die Öffentlichkeit nicht weiter getäuscht werden darf. Heute fühle ich mich durch unsere damalige Aktion bestätigt.

Erst kürzlich hatten unsere Ingenieure 22 und die Juristen eine Pressekonferenz zu den 121 Risiken von Stuttgart 21 detailliert ausgearbeitet. Daraus war auch ganz klar ersichtlich-die Mehrkosten von mindestens einer Milliarde Euro waren vor der Volksabstimmung bekannt. Die Landesregierung bekam die Liste von uns. Von dieser Pressekonferenz kam nichts im SWR Landesfernseher, obwohl die Auswirkungen das ganze Land sehr stark betreffen. Diese Pressekonferenz war nicht durch eine Aktion begleitet worden. Es ist halt so, erst durch spektakuläre Aktionen können Bürgerbewegungen oftmals nur Meldungen in die Medien bekommen-Konzerne können sich die Medien „erkaufen“.

Es ist einfach nicht wahr, dass mit der Volksabstimmung das Problem vom Tisch sei und der Mantel des Schweigens über die zahlreichen ungelösten Fragen, die Gefährdungen und Gefahren gedeckt werden dürfte.

Wir fordern mit zivilen Aktionen von der Politik den Schutz und die Loyalität mit den Bürgern ein gegenüber Großkonzernen, die sich schon nahezu verselbständigt haben, denen in vielen Fällen nicht einmal mehr der Staat etwas entgegenzusetzen hat.

Wir schauen nicht tatenlos zu, dass sich unser Staat von dem Konzern Bahn erpressen lässt, indem er einfach weiter unsere Innenstadt zerstört, obwohl die Finanzierung nicht gesichert ist, obwohl Wikireal und die Personenstromanalyse klar bewiesen haben, dass Stuttgart 21 ein gefährlicher

Rückbau des Bahnhofs und damit eine Verschlechterung der Schieneninfrastruktur bedeutet, die Deutschlandweit negative Auswirkungen hat. Und das alles für Immobilienspekulationen, die wir Steuerzahler und Bahnnutzer teuer bezahlen sollen.

Es ist hier in Stuttgart eine verdrehte Welt: Wir Stuttgart 21 Gegner werden in einen Rahmenbefehlsplan gepackt. Wir werden vom Staatsschutz bearbeitet und bespitzelt.

Dabei sind doch die Aufgaben vom Staatsschutz u.a. die Ermittlung und Strafverfolgung bei Straftaten, die eine Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates bedeuten.

Wir Parkschützer gefährden nicht den demokratischen Rechtsstaat. Wir treten für die Erhaltung des Rechtsstaats und die Durchsetzung der demokratischen Kultur ein.

Mein Leben lang habe ich Ehrenämter gemacht, weil mir das Allgemeinwohl wichtig ist. Auch hier in der Protestbewegung kämpfe ich für das Allgemeinwohl. Bevor ich die zivilen Aktionen mitmachte, habe ich alles Übliche getan was mir möglich war, um auf das Unrecht aufmerksam zu machen (z. B. Briefe an Politiker und Leserbriefe schreiben, recherchieren, Plakate erstellen und Teilnahme an Demos, Flyer erstellen und verteilen...). Die Politik ignorierte uns. Vernunft war nicht gefragt.

Zivile symbolische Aktionen wie unsere kommen erst zu Stande, wenn der Staat selbst SEINE LOYALITÄT ZU DEN BÜRGERN VERSAGT UND SICH NICHT MEHR SCHÜTZEND VOR SEINE EIGENEN BÜRGER STELLT.

Wir machen diese Aktionen immer mit dem Hintergrund der Legitimation durch Fakten, die unsere Ingenieure und Juristen aufgearbeitet haben und durch massives Fehlverhalten der Bahn und Politik. Auch hier wurde beim sogenannten Stresstest, der nur eine Betriebssimulation war, arglistig getäuscht und die Politik verschließt die Augen und Ohren zum Schaden der Allgemeinheit.

Der Konzern DB AG arbeitet mit Angst. Er verteilt Redeverbot an die Mitarbeiter, klagt sogar gegen die Stuttgarter Presse. Er droht mit Schadensersatzklagen und Einklagen der Begleichung von Mehrkosten bei Stuttgart 21. Täuschen, tricksen, falsche Versprechungen, volkswirtschaftlicher Betrug, Menschenleben gefährden.

Dem Konzern passiert bis dato so gut wie nichts. Mit unseren zivilen Aktionen werden wir aber unnachgiebig verfolgt und bestraft. Die Idee des Rechtsstaates war/ ist, dass es solche Ungleichbehandlungen nicht geben darf, sondern Recht und Gesetz für alle gleich sind. Hier hat das Rechtssystem anscheinend seine Grenze gefunden.

Recht heißt für mich, dass man sich der Wahrheit verpflichtet fühlt und dem Allgemeinwohl.

Wenn ich sehe, ein Projekt schadet den Menschen, der Natur, der Ökonomie und Demokratie, bin ich als Bürgerin berechtigt und verpflichtet, einen effektiven Beitrag zur Information der Öffentlichkeit zu leisten.

Das habe ich mit den anderen zusammen am 12.03.2012 auf dem teilweise schon abgerissenen Südflügel getan.